

Von Roosevelt zu Obama.

Ein Jahrhundert amerikanischer Außenpolitik

Harald Biermann

Mit unvermittelter Plötzlichkeit betraten die Vereinigten Staaten von Amerika 1898 die weltpolitische Bühne. Bis zum spanisch-amerikanischen Krieg waren sie in einer Phase relativer außenpolitischer Abstinenz verharnt, zu groß waren die Aufgaben der inneren Konsolidierung. Die Kraft der Nation wurde voll und ganz von der kontinentalen Expansion beansprucht. Hinzu kam die Tatsache, daß die ‚Royal Navy‘ die Ozeane beherrschte und damit sowohl die amerikanischen Küsten als auch den amerikanischen Handel schützte. Diese komfortable Lage wurde nochmals durch die Abwesenheit mächtiger Nachbarn an den Grenzen verbessert. Bereits in den 1890er Jahren lagen die USA in allen wichtigen Indikatoren der industriellen Produktion sowie bei den Handelsvolumina vor allen anderen Staaten der Welt.¹

Mit diesem Gefühl der Stärke schauten die Politiker in Washington um die Jahrhundertwende auf das Erdenrund. Kaum eine andere Person verkörperte diese Vitalität und Tatkraft wie Theodore Roosevelt. Der selbstbewußte Sproß des New Yorker Großbürgertums hatte bereits 1901 grundsätzlich bemerkt: „Ich glaube, daß das 20. Jahrhundert wiederum das Säkulum derjenigen Menschen sein wird, die Englisch

¹ Zur Einführung George C. Herring, *From Colony to Superpower. U. S. Foreign Relations since 1776*, Oxford et al. 2008 sowie Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, 2. durchgesehene Aufl., Paderborn, München, Wien, Zürich 2007.

sprechen.“² In Übereinstimmung mit den führenden Kreisen des Landes sah er Amerikaner und Angelsachsen als zivilisatorische Speerspitze der Menschheit. Sie repräsentierten für ihn die Zukunft der Welt.

Obwohl Theodore Roosevelt, der von 1901 bis 1909 im Weißen Haus residierte, von den amerikanischen Vertretern der realistischen Schule der internationalen Beziehungen als Vordenker und Ahnherr reklamiert wird, bündeln sich in seiner Person wie in einem Brennglas die widerstrebenden Traditionslinien der amerikanischen Außenpolitik: Roosevelt betrieb robuste Machtpolitik und verfolgte zugleich idealistische Ziele. Er schaute mit klarem Blick auf die Welt und hoffte doch auf eine grundlegende Umgestaltung des internationalen Systems. Kurzum: Die Vereinigten Staaten blieben im Grunde eine revolutionäre Macht oder – mit Detlef Junker, einem der besten deutschen Kenner der USA, gesprochen: „Die amerikanische Nation hat keine Ideologie, sie ist eine.“³

Die Gewißheit an der Spitze der Zivilisation zu marschieren, schlug sich auch auf außenpolitischem Terrain nieder. Das daraus resultierende Verhaltensmuster läßt sich vielleicht am besten als Oszillieren zwischen Engagement und Rückzug beschreiben. Denn wie sollten die Vereinigten Staaten beispielsweise reagieren, wenn die anderen Nationen der Welt nicht dem amerikanischen Vorbild folgten? Es bestand dann faktisch nur eine Alternative: Entweder der Versuch, die Welt aktiv umzugestalten, das hieß in letzter Konsequenz aber, den Kreuzzug zu proklamieren, oder angesichts der eingetretenen Enttäuschung der Verzicht auf eine tätige Beteiligung im internationalen System.

² Theodore Roosevelt an Cecil Arthur Spring Rice am 16. März 1901, zitiert nach William N. Tilchin, Theodore Roosevelt and the British Empire. A Study in Presidential Statecraft, Houndsmills, Basingstoke, London 1997, S. 19.

³ Detlef Junker, Power and Mission. Was Amerika antreibt, 2. Aufl., Freiburg 2003, S. 18.

In diesem Spannungsverhältnis mußten die Vereinigten Staaten seit jeher operieren. Was die Situation im 20. Jahrhundert qualitativ vom vorangegangenen Säkulum unterschied, war die überbordende Kraftentwicklung der USA in Verbindung mit einer durch den technologischen Fortschritt induzierten Verringerung der Distanzen zwischen den Kontinenten. Es ist kein Zufall, daß die erste Phase der Entwicklung, die wir uns angewöhnt haben, Globalisierung zu nennen, in das Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges fällt.

Seit August 1914 standen die Vereinigten Staaten jedenfalls vor der Frage, wie sie auf die militärische Auseinandersetzung in der Alten Welt reagieren sollten. Bis zum amerikanischen Kriegseintritt am 6. April 1917 rangen Befürworter einer Intervention, die zunächst völlig isoliert waren, mit den Vertretern eines unilateralen Kurses, die ganz auf Neutralität setzten. Unter dem Eindruck des Kriegsverlaufs sowie in Anbetracht der starken wirtschaftlichen Verknüpfung mit den Entente-Mächten kam es im Laufe des Jahres 1916 zunächst kaum spürbar zu einer – wie es der wohl beste Kenner dieses Sachverhalts einmal genannt hat – „Umkehrung“⁴ in den außenpolitischen Auffassungen der beiden führenden Parteien in den USA. Hatten die Republikaner bisher für internationales Engagement und die Demokraten demgegenüber für außenpolitische Zurückhaltung gestanden, so verkehrten sich nun ihre Positionen. Die Demokraten avancierten unter der Führung Woodrow Wilsons (1913-1921) zu Sendboten der Völkerbundsidee, während die Republikaner im Gefolge Theodore Roosevelts immer skeptischer gegenüber auswärtigen Verpflichtungen wurden.

⁴ John Milton Cooper, Jr., Pivotal Decades. The United States 1900-1920, New York, London 1990, S. 243.

Der Erste Weltkrieg katapultierte die Vereinigten Staaten endgültig auf die Weltbühne. Zwischenzeitlich hatte sich gezeigt, daß die europäischen Nationen zwar noch immer die Kraft besaßen, die Welt in den Abgrund zu reißen, doch ermangelte es ihnen an konstruktiver Potenz, um aus eigenem Vermögen aus dem Orkus erneut aufzusteigen. Diese innere Schwäche wurde von den europäischen Völkern viel eindringlicher empfunden als von den Entscheidungsträgern in den Kabinetten, die größtenteils noch in ihrem auf das System des 19. Jahrhunderts fixierten Denken verhaftet geblieben waren. Es nimmt jedenfalls nicht Wunder, daß Woodrow Wilson bei seiner Ankunft in Frankreich im Dezember 1918 wie ein Messias gefeiert wurde. Denn er allein schien einen Masterplan für eine bessere Zukunft zu haben – sieht man einmal von der grundsätzlichen Alternative ab, die Lenin mit seinen Bolschewisten darstellte.

Im Grunde ging es um den Versuch einer fundamentalen Umgestaltung des internationalen Systems. Nicht Allianzen und Geheimdiplomatie, nicht Wettrüsten und nationale Egoismen sollten länger die Welt bestimmen, sondern der Völkerbund mit seinen Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktregelung. Man hoffte schon 1919 auf eine Abschaffung des Krieges, wie er dann 1928 unter Mitwirkung aller zivilisierten Nationen im Briand-Kellog-Pakt kodifiziert worden ist. Doch zwischen diesen beiden Momenten idealistischen Hochgefühls hatte die harte Dauerkonkurrenz der Staaten erneut ihren Tribut gefordert. Schon um den Charakter der Friedensverträge wurde unter den Siegermächten mit großer Härte gerungen. Enttäuscht über die mageren Ergebnisse, die Wilson aus Sicht seiner amerikanischen Kritiker mit nach Hause gebracht hatte, sowie vor dem Hintergrund scharfer politischer Auseinandersetzungen im Inland hatte der US-Senat die Ratifizierung

des Versailler Vertrags sowie die damit verbundene Mitgliedschaft im Völkerbund mehrfach verworfen.

Die Vereinigten Staaten schwenkten auf einen Kurs ein, der bereits während des Krieges von Theodore Roosevelt konzipiert worden war und den er wenige Tage vor seinem Tod am 6. Januar 1919 so umriß: „Ich sehe keinen Grund, warum wir die Aufgabe einer Polizei in Europa übernehmen sollten. Wir würden automatisch in Auseinandersetzungen hineingezogen, die uns nicht wirklich angehen, von denen wir wenig wissen und in denen wir durch unsere Intervention möglicherweise alle unterschiedlichen Parteien gegen uns vereinen.“⁵ Die amerikanische Außenpolitik der 1920er Jahre läßt sich nicht durch das zuweilen leichtfertig ausgesprochene Wort vom Isolationismus zusammenfassen. Doch ist es gewiß richtig, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, die Rolle zu spielen, welche ihnen von Größe und Potential eigentlich zugekommen wäre. Im Grunde ist Raymond Aron – dem großen französischen Soziologen – zuzustimmen, der für die Periode zwischen 1898 und 1940 eigentlich nur eine Konstante ausmacht, nämlich die „Ablehnung der zwischenstaatlichen Welt, wie sie sich in den Jahrhunderten entwickelt hatte“.⁶

Diese „Ablehnung“ setzte sich aus mehreren Faktoren zusammen, die insgesamt tief in der amerikanischen Geschichte verwurzelt waren. Zum Gefühl der amerikanischen Sendung, des amerikanischen Sonderbewußtseins trat die hemisphärische Sicherheit, die es den Politikern in Washington nicht als notwendig erscheinen ließ, mit der ultimativen Sanktion einer fehlgeschlagenen Außenpolitik – der

⁵ Theodore Roosevelt an Richard Derby am 30. Dezember 1918, in: Elting E. Morrison et al. (eds.), *The Letters of Theodore Roosevelt, Volume VIII: The Days of Armageddon 1914-1919*, Cambridge 1954, S. 1420.

⁶ Raymond Aron, *Die Imperiale Republik. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*, Stuttgart, Zürich 1975, S. 42.

‚destruction totale‘ – rechnen zu müssen. Die von Herbert Butterfield als eigentliches Signum einer anarchisch geprägten Staatenwelt herausgearbeitete „Hobbesianische Furcht“⁷ ängstigte die Amerikaner mithin nicht.

Erst die „clear and present danger“, die das nationalsozialistische Deutschland unter Adolf Hitler auf dem Zenit der Macht nach dem Fall Frankreichs im Sommer 1940 verkörperte, bewegten die Vereinigten Staaten zu einem Umdenken. Obwohl Präsident Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) bereits frühzeitig die Gefahren erkannt hatte, die in erster Linie vom Deutschen Reich ausgingen, waren ihm in den 1930er Jahren die Hände gebunden gewesen. Das Stichwort Neutralitätsgesetzgebung mag an dieser Stelle ausreichen, um die verzweifelte Position der amerikanischen Exekutive anzudeuten. Ein kontinuierlicher Erziehungsprozeß, das durchaus aggressiv ausgreifende Herausschieben der beanspruchten Sicherheitszonen sowie der – allerdings teuer bezahlte – Glücksfall des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 ermöglichten den Vereinigten Staaten den Kriegseintritt – und zwar als geschlossene Nation, die der Überzeugung war, einen gerechten Krieg zu führen.

Das ideologische Fundament des amerikanischen Krieges war die bereits im August 1941 gemeinsam mit Großbritannien verabschiedete Atlantik-Charta, die ganz in den außenpolitischen Traditionen der Vereinigten Staaten stand. Sie beanspruchte universale Gültigkeit und setzte auf unteilbare Sicherheit, unteilbare Freiheit sowie auf den unteilbaren Weltmarkt. Franklin Roosevelt und seinen Mitarbeitern standen die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges klar vor Augen. Zwei

⁷ Herbert Butterfield, *Christianity and History*, 4th ed., London 1950, S. 89-90.

Fehler mußten unbedingt vermieden werden: Zum einen sollte diesmal die deutsche Gefahr ein für alle Mal gebannt werden und zum anderen entwickelte sich unter den Entscheidungsträgern in Washington die Einsicht, daß ein abermaliger Rückzug der Vereinigten Staaten allein auf die hemisphärische Sicherheit keine zukunftsweisende Option mehr darstelle.

Roosevelt kombinierte die modifizierte Völkerbundsidee mit seiner Vorstellung der „Vier Weltpolizisten“, um eine stabile Nachkriegsordnung zu schaffen. Die „United Nations“ mit ihren Veto-Mächten waren seine Antwort auf die Herausforderungen der neuen Zeit. Gleichwohl erlag der Präsident einer fundamentalen Fehleinschätzung. Er ging nämlich davon aus, daß eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, welche die Hauptlast des Krieges trug, auf Basis der Atlantik-Charta möglich sein werde. Doch verkannte er damit nicht nur den Charakter der Sowjetunion als totalitärer Diktatur mit revolutionärem Anspruch, sondern eben auch die Person Josef Stalins. Schon während des Krieges mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die UdSSR unter dem georgischen Diktator sich nicht in ein multilaterales Geflecht unter der Führung der Vereinigten Staaten würde einbinden lassen.

In letzter Konsequenz standen sich hier zwei unversöhnliche Ideologien gegenüber: amerikanische Freiheitsidee und kommunistische Weltrevolution. Subkutan hatte dieser weltpolitische Gegensatz schon seit 1917 existiert. Doch erst jetzt trat er machtpolitisch an die Oberfläche. Das Ringen dieser beiden Ideologien sollte den weiteren Gang der Weltgeschichte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 bestimmen. Schon in den 1940er Jahren war zudem

absehbar gewesen, daß dieser Kampf nur mit der Kapitulation einer Seite würde enden können. Ein Remis war jedenfalls unmöglich.

An dieser Stelle sei angemerkt, daß das Vorhandensein eines ideologischen Fundaments für die Vitalität und für die Ausstrahlungskraft eines Staates von großer Bedeutung ist. Mit guten Gründen hat der deutsche Historiker Ludwig Dehio immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß dem Kaiserreich eine werbende Idee fehlte. Sowohl Otto von Bismarck als auch seine Nachfolger verfügten eben nicht über einen „ostensiblen Missionsauftrag an die Menschheit“⁸. Was ihnen blieb, war die schiere Macht, die allerdings von den anderen Staaten weniger als Verheißung, denn als Bedrohung wahrgenommen wurde. Zugleich, und das beschreibt die Kehrseite der Medaille, ist eine Ideologie auch als Belastung der Stellung eines Staates zu bewerten. Denn obwohl der Glaube an eine Sache ungeweine Kräfte freisetzen kann, behindert diese Grundhaltung doch die unbefangene Einschätzung der umgebenen Umwelt. Mit anderen Worten: Menschen, die von einer Ideologie durchdrungen sind, haben große Probleme, die Welt zu sehen, wie sie ist. Des weiteren besteht auch die permanente Gefahr der Radikalisierung.

Doch zurück in die Geburtsstunde des Kalten Krieges. Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte war allen Zeitgenossen klar, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion im Jahre 1945 turmhoch über den restlichen Siegermächten standen. Aus der Rückschau überrascht es eigentlich nicht, daß es zu einer Konfrontation zwischen den beiden Supermächten gekommen ist. Wie gesagt, die ideologische Feindschaft war bereits seit Jahrzehnten angelegt. Ferner

⁸ Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M., Hamburg 1961, S. 83.

hatte der Zweite Weltkrieg in vielen Regionen, vor allem in Zentraleuropa, Vakua hinterlassen. In diese Hohlräume stießen nun die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion hinein – zuweilen mit strategischen Absichten, manchmal auch nur der Not gehorchend, um ein Mindestmaß an Ordnung und Stabilität zu gewährleisten. Kurzum: Es wäre jedenfalls eine welthistorische Überraschung ersten Ranges gewesen, wenn sich nach 1945 keine Konfrontation zwischen Washington und Moskau ergeben hätte. Durch diesen globalen Gegensatz wurden die Vereinigten Staaten mit großer Konsequenz in die Rolle einer Status quo-Macht gedrängt. Die genuin revolutionäre Macht wurde nolens volens zum Bewahrer eines multipolaren internationalen Systems.

Der Kalte Krieg war zwischen den beiden Hauptakteuren tatsächlich ein „Long Peace“⁹ – wie es John Lewis Gaddis, der wohl beste Kenner dieser Epoche, einmal ausgedrückt hat. Es kam zwar zu Stellvertreterkriegen an der Peripherie und zuweilen kämpften auch verdeckt operierende Soldaten gegeneinander, doch blieb ein großer militärischer Konflikt zwischen den USA und der UdSSR aus. Woran lag es, daß aus dem kalten kein heißer Krieg wurde? In erster Linie ist hier die Rolle der Nuklearwaffen zu nennen. Obschon sie auf einer unteren Ebene durchaus gewisse strukturelle Instabilitäten generierten, schufen sie auf der höchsten Stufe bei den nationalen Entscheidungsträgern ein hohes Maß an Stabilität. Mit den Worten meines akademischen Lehrers Klaus Hildebrand: „[J]eder Akteur wußte, wollte er den Krieg nicht riskieren, was er tun konnte und unterlassen mußte, so daß der Friede erhalten blieb.“¹⁰

⁹ John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*, New York 1987.

¹⁰ Klaus Hildebrand, „Staatskunst und Kriegshandwerk“. Akteure und System der Europäischen Staatenwelt vor 1914, *Friedrichsruher Beiträge* Band 24 (2005), S. 33.

Doch die Nuklearwaffen zwangen nicht nur zur Einhaltung gewisser Spielregeln, sondern veränderten sogar – zumindest für einen gewissen Zeitraum – den außenpolitischen Stil der Vereinigten Staaten. Denn zum ersten Mal in ihrer Geschichte mußten die Amerikaner sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß ein Feind in der Lage war, ihr Land zu zerstören. Diese fundamentale Einsicht, die wie in Fieberschüben immer wieder das Land ergriff, ließ die nukleare Furcht zu einem wichtigen Baustein der außenpolitischen Entscheidungsfindung werden. Anders als während des vornuklearen Zeitalters avancierte die ‚destruction totale‘ zu einer stets drohenden Gefahr.

„Furcht, die durch reale Bedrohungen ausgelöst wird, ist gesund.“¹¹

Diese grundsätzliche Einsicht Walter McDougalls – einer der führenden Historiker der Vereinigten Staaten – in die Funktionsweise des internationalen Systems sollte sich auch im Fall der Vereinigten Staaten während des Kalten Krieges bewahrheiten. Denn die nukleare Furcht verlieh der amerikanischen Außenpolitik ein bis dahin nie gekanntes Maß an inhaltlicher Konsistenz, zeitlicher Ausdauer und vor allem Mäßigung. Erst diese Voraussetzungen legten das Fundament für die Möglichkeit, gemeinsam mit Verbündeten der großen Herausforderung durch den Kreml zu begegnen. Ungeachtet des oftmals beklagten Hanges der Vereinigten Staaten zum Unilateralismus, gelang es Washington, das erfolgreichste Militärbündnis der Weltgeschichte zusammenzufügen und trotz zum Teil schwerer Krisen auch zusammenzuhalten. Die amerikanische Mitgliedschaft in der NATO war eine Revolution in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten.

¹¹ Walter McDougall, *Let the Sea Make A Noise ... A History of the North Pacific from Magellan to MacArthur*, New York 1993, S. 713.

Die von 1946 bis 1991 mit kurzen Ausnahmen kontinuierlich betriebene Eindämmungsstrategie war Ausdruck dieses Neuansatzes. Ganz im Gegensatz zu den eigenen außenpolitischen Traditionen setzten die USA auf – wie Präsident Dwight D. Eisenhower (1953-1961) einmal gesagt hat – den „langen Atem“. „Containment“ war mithin eine Langfriststrategie, die darauf baute, daß das kommunistische System über kurz oder lang an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen würde. Die USA waren dazu in der Lage, weil sie zum einen ideell von der Leistungsfähigkeit des eigenen Systems überzeugt und zum anderen faktisch der Sowjetunion auf nahezu jedem relevanten Feld überlegen waren. Bis auf kurze Phasen ruhte das amerikanische Engagement in der Welt zudem auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament. Nur in den Jahren etwa von 1968 bis 1979 war dieser „cold war consensus“ brüchig geworden – allerdings stärker innerhalb der Eliten als in der breiten Bevölkerung, wie neuere Studien über die gesellschaftlichen Einstellungen zur Auseinandersetzung mit der UdSSR eindrucksvoll belegen.¹² Auch in dieser Zeit blieb trotz des Vietnam-Traumas bei einer stabilen Mehrheit der Amerikaner die Überzeugung bestehen, daß die Vereinigten Staaten weiterhin aktiv in das Weltgeschehen eingreifen müßten, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Daß eine derartige Auffassung von Außenpolitik im Kalten Krieg letztlich Konfrontation mit der UdSSR bedeuten mußte, war ihre feste Überzeugung.

Dessenungeachtet waren es nach 1969 Richard M. Nixon (1969-1974) und sein außenpolitischer Berater Henry A. Kissinger, die mit einer neuartigen Situation konfrontiert waren. Denn erstmals in der Geschichte des Kalten Krieges schien die Sowjetunion nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen. Nixon und Kissinger mußten jedenfalls aus einer perzipierten

¹² Vgl. beispielsweise Andrew Z. Katz, Public Opinion and the Contradictions of Jimmy Carter's Foreign Policy, in: Presidential Studies 30 (2000), S. 662-687.

Position der Schwäche agieren. Sie setzten auf Realpolitik. Das hieß, sie reduzierten die Bedeutung des ideologischen Faktors im weltweiten Ringen zwischen den USA und der UdSSR – und nicht nur dort, sondern auch im Verhältnis zur Volksrepublik China, die zu einem wichtigen Baustein und Aktivposten in ihrer Globalstrategie avancierte.

Ihr Plan war äußerst ambitioniert. Denn er bedeutete in seiner Essenz nichts weniger als eine grundsätzliche Veränderung der außenpolitischen und damit der innenpolitischen Verfaßtheit der Sowjetunion. Nixon und Kissinger wollten die UdSSR von einer revolutionären Macht zu einer Status-quo Macht transformieren und auf diese Weise in eine stabile Ordnung einbinden. Doch damit nicht genug. Aus ihrer Perspektive standen auch auf amerikanischer Seite fundamentale Veränderungen ins Haus. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sollte ihres Bewegungsgesetzes entkleidet werden. Mit den durchaus verächtlichen Worten von Henry Kissinger: „Unser Ziel war es, unserer Außenpolitik alle Sentimentalitäten auszubrennen.“¹³ Die ideologische Konfrontation mit dem weltpolitischen Gegenspieler sollte zurückgefahren werden, um dringend benötigten Manövrierraum zu gewinnen. Nixon und Kissinger setzten – wie gesagt – auf Realpolitik. Ob für diesen Ansatz, der ganz offensichtlich europäischen Denktraditionen verpflichtet war, auf Dauer innenpolitische Rückendeckung in den USA zu gewinnen war, stand ebenfalls in den Sternen.

Das brillante Gespann scheiterte, wenn man von den Erfolgen in der Stabilisierung des weltpolitischen Erosionsprozesses einmal absieht, auf der ganzen Linie. Nicht nur stellte sich rasch heraus, daß die kühle, an

¹³ Henry Kissinger, *White House Years*, Boston 1979, S. 191.

machtpolitischen Realitäten und wechselseitiger Anerkennung der Legitimität ausgerichtete Politik europäischer Prägung dem außenpolitischen Stil der Vereinigten Staaten überhaupt nicht entsprach, sondern, was schwerer wog, der Kreml ließ sich nicht in ein wie auch immer geartetes System einbinden. Im Gegenteil: Leonid Breschnew interpretierte diese Versuche der amerikanischen Regierung im Grunde als Schwäche. Es ist eine der Paradoxien des Kalten Krieges, wie der finnische Historiker Jussi Hanhimäki hellsichtig herausgearbeitet hat, daß ausgerechnet die amerikanische Entspannungspolitik völlig entgegen ihrer ursprünglichen Zielsetzung die UdSSR zu außenpolitischen Abenteuern verführt hat, die wiederum großen Anteil hatten am Niedergang der Sowjetunion in den 1980er Jahren.¹⁴ Das sowjetische Ausgreifen in die Dritte Welt wurde von einer Welle ideologischer Euphorie getragen. Daß die Kremlherren im Begriff waren, ihre im Vergleich zu den USA schmale Machtbasis hoffnungslos zu überdehnen, ging ihnen allerdings erst auf, als es eigentlich schon zu spät war.

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht war es Präsident Jimmy Carter (1977-1981), der eine neue Phase der intensivierten Konfrontation im Kalten Krieg begann. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte er versucht, die amerikanische Außenpolitik aus den Fesseln der von ihm als verwerflich und vor allem als „unamerikanisch“ eingeschätzten Realpolitik seiner Vorgänger zu befreien.

„Für mich,“ so führt Carter in seinen Erinnerungen aus, „war die Demonstration von amerikanischem Idealismus sowohl ein praktischer als auch ein realistischer Ansatz in der Außenpolitik; und moralische Prinzipien waren die beste Grundlage für die Vergrößerung von

¹⁴ Jussi Hanhimäki, *Ironies and Turning Points: Détente in Perspective*, in: Odd Arne Westad (ed.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London, Portland 2000, S. 326-342, hier: S. 333.

amerikanischer Macht und amerikanischem Einfluß.“¹⁵ Die Betonung der Menschenrechte war für Carter zum einen inneres Anliegen und zum anderen geeignetes Mittel, um Distanz zwischen sich und seine Amtsvorgänger zu legen.

Carter sah seinen Amtsantritt im Januar 1977 zudem als Möglichkeit, den eisernen Griff des Kalten Krieges zu lösen, der in seinen Augen die amerikanische Außenpolitik zu lange dominiert hatte. „Ich glaubte“, so Carter wiederum in seinen Erinnerungen, „daß zu viele unserer internationalen Probleme fast ausschließlich durch die chronische Kalte-Kriegs-Mentalität definiert worden waren, was mir kurzsichtig und sogar kontraproduktiv erschien.“¹⁶ Folgerichtig verwarf Präsident Carter in seiner ersten großen Rede zur Außenpolitik Mitte Mai 1977 die Containment-Politik, die 30 Jahre lang die Grundlage der US-Außenpolitik gewesen war: „Wir leben in einer neuen Welt, die eine neue amerikanische Außenpolitik erforderlich macht – eine Politik, die auf dem beharrlichen Anstand unserer Werte und auf historischem Optimismus basiert.“¹⁷

Überhaupt war Optimismus ein Signum der Außenpolitik Carters. Ganz im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern, welche die weltpolitische Lage der USA Mitte der 1970er Jahre als äußerst prekär einschätzten, glaubten der neue Präsident und seine außenpolitische Mannschaft, daß der Faktor Zeit für die Vereinigten Staaten arbeite. Ein hochrangiger Mitarbeiter im Weißen Haus brachte rückblickend die allgemeine Haltung auf den Punkt: „Wir glaubten nicht, daß das sowjetische System

¹⁵ Jimmy Carter, *Keeping Faith. Memoirs of a President*, London 1982, S. 143.

¹⁶ Ebenda S. 223.

¹⁷ Jimmy Carter, University of Notre Dame – Address at Commencement Exercises at the University, 22 May 1977, in: *Public Papers of the Presidents of the United States: Jimmy Carter, 1977*, Washington D. C. 1978, S. 956-957.

überhaupt funktionierte, wir glaubten nicht, daß es eine große Woge in eine bessere Zukunft darstellte, und wir glaubten nicht, daß die Sowjets hinter jedem Problem in der Dritten Welt steckten.“¹⁸ Und in der Tat verglich der nationale Sicherheitsberater, Zbigniew Brzezinski, im Herbst 1977 die Sowjetunion mit dem „U.S. Post Office“¹⁹ – zum damaligen Zeitpunkt ein Synonym für Mißwirtschaft und Ressourcenverschwendung. Kurzum: Auf strategischer Ebene war Carter nicht länger gewillt, dem Verhältnis zur Sowjetunion erste Priorität einzuräumen. „Antikommunismus und die kommunistische Bedrohung erschienen ihnen“, wie der russische Historiker Wladislaw Zubok mit Blick auf die Mitglieder der Carter-Regierung konstatiert, „als vollständig anachronistische Konzepte. Dies um so mehr, wenn man sie mit neuen globalen Herausforderungen wie der Luftverschmutzung oder den Nord-Süd-Konflikt verglich.“²⁰

Mit guten Gründen ist Carters Ansatz daher als „First Post-Cold War Foreign Policy“²¹ beschrieben worden. Gewiß waren seine Sichtweisen zum damaligen Zeitpunkt modern und vielleicht waren sie auch ihrer Zeit voraus, aber unzweifelhaft waren sie auch eine gefährlich Verkennung der außenpolitischen Realitäten. Denn die Sowjetunion war noch immer die einzige Macht auf der Welt, welche die nationale Existenz der Vereinigten Staaten bedrohen konnte.

Erst der sowjetische Einmarsch in Afghanistan am ersten Weihnachtstag 1979 brachte dann einen vollständigen Kurswechsel. Erst jetzt konnte sich der Präsident dazu durchringen, zur bewährten

¹⁸ David C. Aaron, Discussant, in: Herbert D. Rosenbaum/Alexej Ugrinsky (eds.), Jimmy Carter. Foreign Policy and Post-Presidential Years, Westport, London 1994, S. 369-373, hier S. 371.

¹⁹ Jimmy Carters Tagebuch Eintrag vom 7. November 1977, in: Carter (Keeping Faith), S. 223.

²⁰ Vladislav M. Zubok, An Offered Hand Rejected? The Carter Administration and the Vance Mission to Moscow in March 1977, in: Rosenbaum/Ugrinsky (eds.), S. 357-367, hier S. 359.

²¹ Jerel A. Rosati, The Rise and Fall of America's First Post-Cold War Foreign Policy, in: Rosenbaum/Ugrinsky (eds.), S. 35-52.

Eindämmungsstrategie zurückzukehren. In Verbindung mit seiner unablässigen Betonung der weltanschaulichen Unterschiede zwischen den freiheitsliebenden Vereinigten Staaten und der diktatorischen Sowjetunion, welche die im KSZE-Prozeß gemachten Zusagen auf die Gewährung von Menschenrechten nicht einhielt, legte er damit das ideologische und machtpolitische Fundament für die nochmals verschärfte Konfrontation unter seinem Nachfolger Ronald Reagan (1981-1989).

Charakteristischerweise intensivierte der ehemalige Gouverneur von Kalifornien beide Aspekte des globalen Ringens. Zum einen gab er der amerikanischen Zuversicht in die Überlegenheit des eigenen Systems ein Gesicht und zum anderen war er in der Tat ein „Kommunistenfresser“, wie es seit John Foster Dulles wohl keinen mehr in der amerikanischen Regierung gegeben hatte. Er verstärkte die ideologische Auseinandersetzung und beschleunigte abermals die amerikanische Aufrüstung. Seine Charakterisierung der Sowjetunion als „evil empire“²² mochte sich damals vor allem für europäische Ohren recht drastisch und vielleicht sogar verletzend angehört haben, doch hatte er sich damit in erster Linie an seine eigenen Mitbürger gewandt. Sie mußten schließlich die Hauptlast in diesem Ringen tragen. Hinzu kommt, daß Reagan mit dieser Qualifizierung der UdSSR in historischer Perspektive vollkommen richtig lag. Vor allem in Europa hatte sich die große Mehrzahl der Menschen angewöhnt, in der Sowjetunion einen ganz normalen Staat zu sehen. Reagans Offensive zielte letztlich darauf, der kommunistischen Herrschaft die legitimatorische Basis zu entziehen. Mit seiner Rüstung, vor allem mit dem SDI-Programm, drückte er den Kreml faktisch in die Defensive, seine aggressive Rhetorik zielte auf das

²² Rede Ronald Reagans am 8. März 1983, in: Public Papers of the Presidents of the United States: Ronald Reagan, 1983, Washington D. C. 1984, S. 362-364.

ideologische Fundament des Kommunismus. Auch Reagan betrieb eine revolutionäre Außenpolitik, er spielte auf Sieg. Selbst in schwersten Momenten hatte er die Zuversicht und die Kraft, an den Triumph der amerikanischen Nation in dieser Auseinandersetzung zu glauben.

Interessanterweise verebbte dieser Siegeswille, als sich im Kreml Michail Gorbatschow (1985-1991) als verlässlicher Verhandlungspartner erwies. Es ist gewiß eine der großen Leistungen Reagans, daß der Präsident trotz seiner weltanschaulichen Scheuklappen rasch auf die sowjetischen Avancen zur wechselseitigen Abrüstung einging und zur generellen Entspannung bereit war, doch hatte sich, so scheint es zumindest aus der Rückschau, sein Kampfgeist in der ersten Amtszeit abgearbeitet. Vielleicht glaubte er auch einfach, daß der Sieg der Vereinigten Staaten gewissermaßen eine logische Konsequenz der Geschichte sei, die nicht über Gebühr beschleunigt werden müsse. Jedenfalls blieb es der Nachfolgeregierung unter George H. Bush (1989-1993) vorbehalten, über das Ableben der Sowjetunion zu präsidieren.

Die erste Bush-Regierung versammelte eine große Schar von außenpolitischen Talenten in ihren Reihen. Die wohl größte Leistung dieser im amerikanischen Vergleichsmaßstab stark realpolitisch geprägten Akteure war das Umschalten vom eher zögerlichen Attentismus des letzten Reagan-Jahres zur „kontrollierten Offensive“ – um hier den Fußballtrainer Otto Rehhagel zu seinem Recht kommen zu lassen. Im Frühjahr 1989 erkannten die Strategen um den Präsidenten die einmalige Möglichkeit, den Kalten Krieg mit einem amerikanischen Sieg zu beenden. Ihre Formel „Let Europe be whole and free“²³ war ein mächtiger Keil, der in den europäischen Satellitengürtel der UdSSR

²³ Public Papers of the Presidents of the United States: George Bush, 1989, Bd. I, Washington D. C. 1990, S. 651.

getrieben wurde. Daß dieses durchaus aggressive Vorgehen von gleichzeitig immer wieder geäußerten Sorgen um die Stabilität in dieser weltpolitischen Revolution in Verbindung mit großem rhetorischen Entgegenkommen gegenüber Gorbatschow flankiert wurde, ist eindringlicher Beleg für die außenpolitische Meisterschaft dieser Regierung.

Erst als am 25. Dezember 1991 die ‚Rote Fahne‘ letztmalig über dem Kremel eingeholt wurde, war der Kalte Krieg beendet. Der amerikanische Triumph ließ viele von einem „Ende der Geschichte“²⁴ träumen. Anfang der 1990er Jahre schien es jedenfalls, als habe die liberal verfaßte Demokratie amerikanischer Prägung endgültig gesiegt. Weit und breit war keine Herausforderung auszumachen. Hinzu kam, daß sich unter der Präsidentschaft William J. Clintons (1993-2001) die amerikanische Wirtschaft in einer bis dahin nie gekannten Aufschwungphase befand, welche die immensen Belastungen der 1980er Jahre beinahe vergessen machte.

Doch relativ rasch stellte sich heraus, daß der Kalte Krieg nicht mehr gewesen war als „eine Metternichsche Erlassung der üblichen Barbareien“²⁵, wie es der unlängst verstorbene John Updike treffend formuliert hat. Die Geschichte forderte ihren Tribut. Was vielleicht für die instabilen Staaten Afrikas vorausgesehen worden war, Zerfall und Bürgerkrieg, trat nun mit brutaler Entschiedenheit auch in Europa auf den Plan. Krieg wurde auf dem Alten Kontinent wieder führbar, als der eiserne Griff des Kalten Krieges verschwunden war. Unter Präsident Clinton blieben die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht. Doch ohne eine große, die Aufmerksamkeit in den Bann schlagende und vor

²⁴ Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

²⁵ John Updike, Licks of Love. Short Stories and a Sequel, „Rabbit Remembered“, London 2001, S. 154.

allein die amerikanische Gesellschaft fesselnde Herausforderung trieb die amerikanische Außenpolitik ohne Kohärenz und vor allem ohne Durchschlagskraft umher. Immerhin konnte Clinton verhindern, daß die Vereinigten Staaten in außenpolitische Abstinenz verfielen.

Erst der 11. September 2001 riß die USA aus ihren Träumen. Dieser Angriff auf die amerikanischen Kernlande erschütterte die Nation, die allerdings nach kurzer Benommenheit mit großer Entschiedenheit die neue Herausforderung annahm. Zwei militärisch erfolgreich bestrittene Feldzüge waren die rasche Antwort der Vereinigten Staaten. „War on terrorism“ wurde zum Schlachtruf dieser globalen Auseinandersetzung. Die amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush (2001-2009) hatte in ihr altes Fahrwasser zurück gefunden. Ohne die strukturellen Beschränkungen durch einen weltpolitischen Gegenspieler, ohne die Notwendigkeit feste Allianzen bilden zu müssen und ohne die Besorgnis, daß ein außenpolitischer Fehlschlag die Existenz der Nation gefährden könne, avancierten die Vereinigten Staaten erneut zu einer revolutionäre Macht.

Die heute so offensichtlich zu Tage tretenden Fehler der Bush-Regierung waren – cum grano salis – weniger Produkte von Inkompetenz oder Böswilligkeit, sondern vielmehr Folge eines übersteigerten Sendungsbewußtseins. Der Präsident und seine engsten Berater waren der festen Überzeugung, daß der „American way of life“ eine zivilisatorisch überlegene Daseinsform darstellt. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren noch immer die „Stadt auf dem Hügel“, die der Puritaner John Winthrop bereits 1630 beschworen hatte.

Diese genuin amerikanische Grundhaltung wird auch die Präsidentschaft Barack Obamas prägen. Bereits nach hundert Tagen ist klar, daß es dem ersten Schwarzen im höchsten Amt der Vereinigten Staaten nicht gelungen ist, die Koordinaten der amerikanischen Politik grundsätzlich zu verschieben. Sein Versuch, gleichsam über den Parteien zu regieren, ist gescheitert. Obama ist ein neuer Präsident, der ebenso wie alle seine Vorgänger zunächst eine gewisse Einarbeitungsphase benötigen wird. Erst danach werden wir sehen, was er zu erreichen vermag. Eines steht allerdings schon heute fest: Er ist nicht der Messias, der uns dem Paradiese entgegen führen wird.

Zur Zeit – so erscheint es jedenfalls dem kühlen Beobachter – oszilliert Obamas Außenpolitik zwischen idealistischen Höhenflügen und blankem Pragmatismus. In den Beziehungen zur Volksrepublik China führt Obama die gemäßigte und vor allem recht erfolgreiche Politik seines Amtsvorgängers fort. Dies mag übrigens auch daran liegen, daß die Erben Maos seit mehr als einem Jahrzehnt große Teile des amerikanischen Staatsdefizits finanzieren. Im Gegensatz zu dieser Staatsklugheit steht beispielsweise seine Ankündigung, aktiv auf die Abschaffung aller Nuklearwaffen hinzuwirken. Er reiht sich mit dieser Forderung in eine Tradition ein, die zumindest von Carter zu Reagan reicht. Zugleich ist dieses Postulat Ausdruck ein gewissen strategischen Verwirrtheit. Das Ziel ist zum einen nicht erreichbar und zum anderen würde die globale Verschrottung der Kernwaffen Kriege zwischen den Großmächten wieder führbar erscheinen lassen. Die „nukleare Zuchtrute“ (Klaus Hildebrand) war schließlich der ausschlaggebende Faktor für das Ausbleiben des Dritten Weltkriegs.

Wenn die ersten Eindrücke nicht trügen, dann wird Präsident Obama mehr von den Verbündeten und damit auch von der Bundesrepublik Deutschland verlangen, als dies sein insgesamt gescheiterter Amtsvorgänger getan hat. Dies zumal, da die finanzielle Situation der USA derzeit extrem angespannt ist. Diese ökonomische Bürde mag für einen gewissen Zeitraum zur Mäßigung der amerikanischen Außenpolitik beitragen, dennoch werden die Vereinigten Staaten von Amerika auch unter Präsident Obama ihrem „ostensiblen Missionsauftrag an die Menschheit“ treu bleiben.